

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 51

André Hoffmann

tet er aber das Festhalten an einem Klumpenrisiko.

Sie haben Recht: Mit unserem Entscheid verzichten wir weiterhin darauf, über den grössten Teil unseres persönlichen Vermögens frei verfügen zu können. Aber: Unsere Familien sind in den vergangenen Jahrzehnten mit der erfreulichen Entwicklung des Unternehmens sehr gut gefahren. Wir sind davon überzeugt, dass dies auch in den nächsten Jahren so sein wird. Und natürlich fühlen wir uns gegenüber dem, was unsere Vorfahren geschaffen haben, verpflichtet.

Sie haben die turbulenten Zeiten erwähnt. Wo sehen Sie die Ursachen der Krise?

Wenn der einzelne Quartalsabschluss wichtiger ist als die langfristige Entwicklung eines Unternehmens, dann stimmt vieles nicht mehr. Kurzfristiges Gewinndenken führt häufig zu Fehlentscheidungen – das sehen wir in diesen Tagen wohl wieder etwas klarer als in den letzten Jahren. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und die so ausgelöste weltweite Rezession tiefe Spuren hinterlassen werden. Jene, die meinen, in zwei Jahren sei alles wieder so wie vorher, täuschen sich gewaltig. Die Stimmung am WEF ist depressiv, wie ich es noch nie erlebt habe.

Kommt der Verzicht auf das Hochhaus einer Reverenz an die gewandelte Zeit gleich?

Wie immer bei operativen Entscheidungen haben wir uns als Familien auch bei der Hochhaus-Frage zurückgehalten. Aber es ist schon



Hoffmann zu den Mehrheitsaktionärs-Rechten: Vorteil der Stabilität

so: Roche braucht keine Prestige-Baudenkmäler, um Grösse zu demonstrieren. Im Übrigen sind wir gerade als Familien auf die hohe architektonische Qualität der Roche-Gebäude in aller Welt stolz. An dieser Qualität soll sich auch nichts ändern.

Die Familien kontrollieren mit gut 9 Prozent am Gesamtkapital des Konzerns über 50 Prozent der Stimmen.

Glauben Sie, dass dies aufrechterhalten werden kann, in der EU gibt es ja Bestrebungen, stimmrechtsprivilegierte Aktien abzuschaffen?

Zum einen gilt für Roche als schweizerisches Unternehmen das Schweizer Aktienrecht. Und hier sehe ich mit Genugtuung, dass es auch in der laufenden Revision keinerlei Bestrebungen gibt, Mehrheitsaktionäre in ihren

Rechten einzuschränken. Doch wichtiger ist, dass sich die Einstellung zu Firmen, die über einen Mehrheitsaktionär verfügen, in den letzten Jahren radikal geändert hat. In vielen Gesprächen stelle ich fest, dass die Bedeutung der Stabilität im Aktionariat heute eigentlich unbestritten ist. So ist unsere Kapitalstruktur wieder modern geworden.

Warum brauchen die Familien keinen Sprecher mehr? Sie wurden nicht etwa abgesetzt?

Sehe ich so aus? (*lacht heiter*) Mein grösstes Anliegen war es, dass wir gemeinsam und mit Einbezug der nächsten Generation den Poolvertrag verlängern können. Das ist uns mit vereinten Familienkräften gelungen. Wir sind uns einig, dass Roche im Zentrum stehen soll und nicht der Pool. Damit braucht es das Amt des Sprechers, das zu Zeiten meines Grossvaters Paul Sacher geschaffen wurde, nicht mehr.

Blieben Sie Mitglied des Verwaltungsrates?

Ich freue mich, weiterhin als Vizepräsident des Verwaltungsrates bei Roche mitzuarbeiten.

Haben die Familien genügend Einfluss auf das Management, um ein Gegengewicht zu bilden?

Ja. **Was halten Sie davon, den Entschädigungsbericht der Generalversammlung konsultativ zur Abstimmung vorzulegen?**

Wie Sie wissen, vertritt unser VR-Präsident Franz B. Humer seit längerem diese Idee. Wir haben an der letzten GV nur darum darauf verzichtet, um die anderen Firmen nicht unnötig unter Druck zu setzen. Nachdem in dieser Frage nun aber zum Glück ein Umdenken stattgefunden hat, wird natürlich auch Roche den Entschädigungsbericht an der Generalversammlung im März konsultativ zur Abstimmung vorlegen.



MARKUS GISLER

Das Gute an den «Bad Banks»

Nach der Immobilienkrise der frühen Achtzigerjahre hatte die Berner Kantonalbank ihre Problemhypotheken in eine separate juristische Einheit (Dezennium) ausgesondert und den drohenden Konkurs vermieden. Analog zu diesem Muster hat die Nationalbank (SNB) im Herbst den «Giftmüll» der UBS übernommen, ein Vorgang, der jetzt in den USA, in Deutschland und Grossbritannien als Vorbild für ähnliche Entsorgungen gilt. «Bad Banks» sollen die Banken von ihren Problempositionen befreien. Diese können Wertpapiere auf Endverfall halten. Verluste treten erst ein, wenn die Rückzahlung definitiv ausbleibt.

Intensiv wird derzeit über den notwendigen Umfang von staatlichen Konjunkturstützungsmaßnahmen diskutiert. Die Linke fordert Milliarden, und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) heckt alle möglichen Pläne aus, wie der Staat als Konjunkturantreiber wirken könnte. Doch leider lässt sich mit Investitionen in die Infrastruktur das Problem der

«Seit die UBS ihre giftigen Papiere der Nationalbank verkaufte, ist deren Preis um weitere 30 Prozent gefallen»

gegenwärtigen Krise weder hier noch in den USA lösen, da diese Massnahmen erst mit erheblicher Verzögerung wirken.

Das Grundübel liegt in der massiven Kreditverknappung der Banken. Jetzt, wo die Schuldenwirtschaft ein Ende hat, bauen die Banken Engagements ab, obwohl die Notenbanken Geld praktisch gratis zur

Verfügung stellen. Jedes Risiko ist den Geldhäusern jetzt zu gross, und so erhalten nur die Allersolidesten überhaupt noch Kredite. Wirklich wirksame Wiederbelebungsversuche müssen deshalb auf das Kreditsystem zielen.

Damit wollen wir nicht behaupten, «Bad Banks» seien das Gelbe vom Ei und für den Staat kein

Problem: Die Berner Steuerzahler kostete Dezenium 2,1 Milliarden Franken. Seit die UBS ihre giftigen Papiere der SNB verkaufte, ist deren Preis – zumindest vereinzelt – um weitere dreissig Prozent gefallen (gemäss Markt-Index). Angesichts des Engagements der UBS (und in abgeschwächtem Umfang auch der CS) im US-Finanzsystem könnten die beiden zu weiteren massiven Abschreibungen gezwungen sein, sodass weitere Bilanzbestände in das Nationalbank-Vehikel übertragen werden müssten.

All dies hängt in grossem Ausmass davon ab, wie erfolgreich die neue US-Regierung ihren Finanzplatz sanieren kann. Im positiven Fall ändert sich die Stimmung bald, die alles entscheidende Voraussetzung für die generelle Erholung der Weltkonjunktur. Gelingt das nicht, können düstere Szenarien Wirklichkeit werden. Auch für die Schweiz.

Genentech-Vorwurf: Roche nutzt schlechte Marktlage aus

Pharmakonzern richtet sein Angebot direkt an Aktionäre, gleichzeitig senkt er es um 2,5 Milliarden Dollar

BASEL/SAN FRANCISCO Im Bestreben, die noch fehlenden 44 Prozent von Genentech zu übernehmen, erhöht Roche den Druck – und senkt die Offerte um 2,5 Milliarden Dollar. Damit ist für alle augenfällig geworden, dass Roche-Präsident Franz Humer am längeren Hebel sitzt.

Gemeinhin war spekuliert worden, die Finanzkrise würde es den Baslern schier verunmöglichen, das nötige Fremdkapital zu beschaffen. Stattdessen zeigt sich, dass Roche ein gefragter Schuldner ist und forscher auftreten kann. Franz Humer: «Die Marktverhältnisse haben sich fundamental verändert: Seit unserem

ersten Angebot vor sechs Monaten ist der Index der grössten amerikanischen Biotech-Unternehmen um rund 20 Prozent gefallen. Als verantwortungsvolle Firma müssen wir dem Rechnung tragen.»

Das Angebot ist attraktiv angesichts der Wirtschaftslage

Die unabhängigen Genentech-Verwaltungsräte werfen Roche vor, in «opportunistischer» Weise, die Lage «ausnutzen» zu wollen. Humer lässt das nicht gelten: «Wir waren ja bereit, uns gütlich zu einigen. Leider haben die Gespräche mit den unabhängigen Genentech-Verwaltungsräten zu keiner Vereinbarung geführt. So

haben wir beschlossen, uns direkt an die Aktionäre zu richten.» Auch wenn nun statt 89 nur noch 86.50 Dollar pro Aktie geboten werden, sei die Offerte attraktiv – «gerade auch angesichts der schwierigen Wirtschaftslage». Roche hat offenbar die Fühler ausgestreckt und bestätigt bekommen, dass institutionelle Investoren, allen voran Fonds, eine Liquiditätsspritze gebrauchen könnten. Ein grosser Aktionär freilich hat das neue Angebot bereits zurückgewiesen, ebenso die drei unabhängigen Genentech-Verwaltungsräte.

Mit dem nunmehr feindlichen Vorgehen nimmt Roche in Kauf, dass Genentech-Chairman Art

Levinson, die charismatische Leitfigur des kalifornischen Konzerns, abspringt. In Basel sagt man sich, dass er in ein paar Jahren eh das Rentenalter erreicht. Im Übrigen ziehe Genentech weiterhin talentierte Forscher an. Franz Humer bestätigt Letzteres: «Das zeigen auch die jüngsten Ernennungen wie etwa jene von Jennifer Doudna zur Vizechefin Discovery Research.»

Abschliessend äussert er sich über die Roche-Dividende: «Wir haben kürzlich bestätigt, dass wir an unserer Dividendenpolitik festhalten wollen. Daraus können Sie schliessen, dass die Ausschüttungsquote auch heuer erhöht wird.»

VICTOR WEBER

ANZEIGE



CH: BION SW	Per 31.12.2008	2008	15.11.1993	Börsenkapitalisierung
Aktienkurs	CHF 68.75	-19%	+227%	CHF 1392 Mio.
Innerer Wert	CHF 92.16	+5%	+334%	

Jahresbericht per 31. Dezember 2008

Im Vergleich mit dem NASDAQ Biotech Index erzielte der Innere Wert von BB BIOTECH 2008 eine Outperformance von +23%*.

Das Portfolio per 31. Dezember 2008 finden Sie unter www.bbiatech.com

*in USD, inkl. Dividenden

BBBIOTECH
Ein Produkt der Bellevue Group